

**Die Internet - Projektdatenbank KODEX –
Kommunale Kreativität gegen Gewalt**

von

Jörg Bülow

Dokument aus der
Internetdokumentation Deutscher Präventionstag
www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe
(DVS)

Zur Zitation:

Bülow, J. (2003): Die Internet - Projektdatenbank KODEX – Kommunale Kreativität gegen Gewalt. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.

http://www.praeventionstag.de/content/7_praev/doku/buelow/index_7_buelow.html

Die Internet - Projektdatenbank KODEX – Kommunale Kreativität gegen Gewalt

Vortrag beim 7. Deutschen Präventionstag am 27. November 2001 in Düsseldorf

Jörg Bülow, Referent für Recht und Verfassung des DStGB

Am 12. Dezember 2001 wird KODEX, die ‘**K**ommunale **D**atenbank gegen Gewalt, **E**xtratismus, und Fremdenfeindlichkeit’ des DStGB im Internet unter www.dstgb.de zugänglich sein. Mit dieser größten Datensammlung speziell kommunaler Präventionskonzepte, Aktionen und Projekte wird ein völlig neues Netzwerk der kommunalen Kreativität im Bereich der Kriminal- und Gewaltprävention geschaffen.

Wie kam es dazu ?

Wie sieht das aus ?

Was folgt daraus ?

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt als kommunaler Spitzenverband die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung kreisangehöriger Städte und Gemeinden in Deutschland und Europa. Seine 16 Mitgliedsverbände repräsentieren über 13.000 Kommunen in Deutschland.

I. Kommunales Engagement gegen Gewalt und Extremismus

„Wir brauchen auch die Kommunalpolitiker, die sich endlich von ihren Hintern erheben“. So ließ sich der Regierungssprecher im Sommer 2000 von der Presse zitieren. In den Wochen zuvor hatten erneut zahlreiche Gewalttaten gegen Ausländer, Spätaussiedler, Obdachlose und andere die Menschen in Deutschland erschüttert. Und er war nicht der einzige Bundes- oder Landespolitiker, der den Kommunen unzureichendes Engagement gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vorwarf.

Der DStGB protestierte sowohl gegen die Wortwahl als auch gegen die Zielrichtung dieses Ausfalles des Regierungssprechers, das Schreiben blieb allerdings unbeantwortet.

Jede staatliche Ebene ist beim Einsatz gegen Extremismus und Gewalt gefordert, auch die Kommunen. Gerade angesichts solcher Äußerungen aus der „großen“ Politik ist jedoch festzustellen: Die Städte und Gemeinden nehmen ihre Verantwortung ernst und unternehmen in ihrer täglichen Arbeit mehr, als die häufig an negativen Schlagzeilen interessierte Öffentlichkeit wahrnimmt. Unter Aufwendung großer Mittel kümmern sie sich um Erziehung, Bildung und Freizeitgestaltung

Jugendlicher und junger Familien und fördern Vereine und Initiativen im Sport und in vielen anderen Interessensgebieten. Mit zahlreichen Projekten und oftmals unter großem Engagement ihrer Mitarbeiter treten sie gegen Kriminalität, Gewalt und Extremismus ein.

So geben die Kommunen im Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit jedes Jahr über 10 Mrd. DM aus und betreiben damit auch aktive Prävention gegen die Ursachen von Gewalttätigkeit und Extremismus. 1 Mrd. DM wird jährlich in die Förderung von Sportvereinen investiert. Es existieren über 1800 Gremien kommunaler Kriminalprävention, bei denen die Bekämpfung von allgemeiner Kriminalität oft mit dem Einsatz gegen politisch motivierte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit verbunden wird. Darüber hinaus reagieren die Städte und Gemeinden mit vielfältigsten Maßnahmen auf geschehene Gewalttaten. Vielerorts werden Fragebogenaktionen, Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen, besondere Sportangebote, Szeneanalysen, Streetworker-Einsätze und vieles mehr von der Kommune durchgeführt, finanziert oder unterstützt.

Das bedeutet nicht, daß überall dort bereits Probleme mit Extremismus oder Gewalt aufgetreten sind. Vieles ist auf frühzeitige Prävention gerichtet, und zwar erfolgreich.

II. Datensammlungen zur Prävention

Die politische Debatte zeigt aber auch, daß das Wissen über das tatsächlich vorhandene Engagement in den Städten und Gemeinden und um die Rahmenbedingungen dieses Handelns zu wenig verbreitet ist. Gleichzeitig fällt auf, daß es einen Überblick über die Vielfalt der Problemstellungen und der kommunalen Präventionsbemühungen oder auch eine Möglichkeit des einfachen und schnellen Informations- und Erfahrungsaustauschs bundesweit nicht gibt.

Daher hat die Hauptgeschäftsstelle des DStGB das Konzept einer bundesweit ausgelegten Datenbank entwickelt, in die Kommunen nach einem festen Abfrageschema Informationen über ihre Projekte, Aktionen und Konzepte gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit eingeben können.

Ein kurzer Überblick zeigt, daß sich dieses Vorhaben deutlich von bestehenden bundesweit angelegten Ansätzen zur Errichtung von Datenbanken und zur Erfassung von Präventionsprojekten unterscheidet.

1. Info – Pool Kriminalprävention des BKA

Seit 1995 baut das Bundeskriminalamt seinen Infopool Prävention auf, eine Informationssammlung zu nationalen und internationalen Präventionsakteuren, -aktivitäten, -projekten und -modellen. Im Internet ist eine Datenbank mit rund 530 Einträgen frei zugänglich. Der Ansatz ist breit und nicht auf

Projekte der kommunalen Kriminalprävention beschränkt. Die Projekte reichen von einem Drogenpräventionsprojekt in einem Vorort von Birmingham bis zu dem 1999 abgeschlossenen Eisenacher Projekt "Gewalt in der Schule".

2. Gremiendatenbank des BKA

Seit 1996 fragt das BKA bei den Landeskriminalämtern Informationen über kommunale Präventionsgremien ab und stellt diese in eine Datenbank. Kriminalpräventive Räte sind dort ebenso erfaßt wie Runde Tische, Sicherheits- oder Ordnungspartnerschaften und sonstige Institutionen, die eine kriminalpräventive Zielrichtung verfolgen. Diese Datenbank ist nicht im Internet zugänglich.

3. Umfrage nach kriminalpräventiven Projekten der Kriminologischen Zentralstelle

Im Auftrag des Bundesministerium der Justiz hat die Kriminologische Zentralstelle 1998/1999 eine bundesweite Befragung bei allen dort bekannten kriminalpräventiven Räten vorgenommen. Wie das Projekt abgeschlossen wird, steht noch nicht fest. Es sollte geprüft werden, ob das Gesammelte noch für die Forschung genutzt werden kann.

4. Forschungsprojekt Kommunale Kriminalprävention

Die Freie Universität Berlin führt zur Zeit ein Forschungsprojekt "Kommunale Kriminalprävention" durch. Gegenstand sind die unterschiedlichen Strukturen und Strategien kommunaler Kriminalpolitik und deren Wirkung. Wir erwarten davon wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung und Verbesserung kommunaler Kriminalprävention. Der DStGB hat daher mit der Forschungseinrichtung bestimmte Vereinbarungen getroffen und die damit verbundene Umfrage bei über 600 kommunalen Präventionsgremien im Rahmen des möglichen unterstützt. Die Ergebnisse dieses Projektes werden allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte 2002 vorliegen.

5. DJI – Projekt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Jugendpolitische und pädagogische Herausforderungen

Das Deutsche Jugendinstitut forscht noch bis Mitte 2003 an der systematischen Dokumentation und Evaluation der pädagogischen Praxis mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Jugendlichen. Erfaßt werden davon sowohl Angebote der Kinder- und Jugendhilfe als auch der außerschulischen politischen Bildung. Untersucht wird vor allem, welche Ansätze unter welchen Voraussetzungen wirksam sein können. Diese Arbeit konzentriert sich also auf einen sehr eng umrissenen Problembereich und wird nur zum Teil direkten kommunalen Bezug haben.

6. Prävis - Datenbank der Länder

Daneben gibt es zahlreiche weitere Ansätze in den Ländern. Insbesondere macht die Entwicklung und länderübergreifende Einigung unter Beteiligung einiger Landespräventionsräte und LKA's auf eine bestimmte Datenbank-Struktur Fortschritte. Möglicherweise gelingt es damit, bald eine bundesweite Erfassung aller Präventionsmaßnahmen auch auf kommunaler Ebene zu ermöglichen.

Eine Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ist allerdings noch nicht erfolgt. Diese wäre wünschenswert, damit nicht nur die durch die Meldewege der Polizei erfaßbaren Projekte Eingang finden können und um eine breite Beteiligung und Nutzung zu fördern.

III. Die Entwicklung des Datenbankprojekts KODEX

Die Sammlung des Datenbestandes für das Projekt KODEX erfolgte mittels einer Umfrage, mit der sich der damalige Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heribert Thallmair, im Sommer 2000 an die Präsidenten und Geschäftsführer der Mitgliedsverbände des DStGB gewandt hatte. Der Rücklauf aus den Städten und Gemeinden übertraf alle Erwartungen. Der Umfang dieser Materialsammlung machte es erforderlich, daß der DStGB sich einen Partner für das Projekt suchte und er fand es im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das die Errichtung einer Internet - Datenbank unterstützt.

Die KODEX-Datenbank wird detaillierte Informationen über mehr als 400 Konzepte, Projekte und Aktionen enthalten, die auf kommunaler Ebene gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit eingesetzt werden. Die Datenbank wird über die Internet - Homepage des DStGB jedermann zugänglich sein.

Das besondere ist bei KODEX auch, daß hier speziell ein Forum für die kreisangehörigen Kommunen errichtet wird. Zwar finden sich auch Projektbeschreibungen größerer Städte wie Magdeburg, der Schwerpunkt liegt aber auf Städten und Gemeinden zwischen 1000 und 50.000 Einwohnern, die den überwältigenden Teil aller deutschen Kommunen repräsentieren. So ist KODEX ein Angebot für die Verantwortlichen und Aktiven in Kommunen aller Größenordnungen.

Auf die Bedeutung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist an dieser Stelle besonders hinzuweisen. Die meisten Städte und Gemeinden haben nur einen relativ kleinen Personalkörper und sind von ihren Kräften her zum umfangreichen Einsatz von Personal für Aufgaben der Sicherheit und der Kriminalprävention gar nicht in der Lage. Der Zuschnitt von Konzepten muß hier schon strukturell ein anderer sein, als in Großstädten.

Die einzelnen Datensätze enthalten eine Kurzbeschreibung der Maßnahme, Angaben über den Anlaß bzw. die örtliche Problemstellung, die Beteiligten und Partner des Projekts, die spezifische Rolle der Kommune, den Einsatz von Personal und Finanzen sowie über die erzielten Erfolge. Außerdem wird eine Kontaktperson genannt.

Interessierte Kommunen und Initiativen, die selbst präventiv oder aus konkretem Anlaß etwas unternehmen möchten, können sich so wertvolle Anregungen aus dem ganzen Bundesgebiet verschaffen und erhalten Kontakt zu den jeweiligen Ansprechpartnern.

Die Internet - Datenbank wird besonders nutzerfreundlich und interaktiv ausgerichtet. Die Nutzer können die Datenbank nach Ortsnamen sortiert durchblättern. Es steht aber auch eine Suchfunktion zur Verfügung, mit der man den gesamten Text aller Datensätze nach beliebigen Suchbegriffen absuchen kann. Ferner wird man einen online-Fragebogen finden, mit dem neue Projekte und Konzepte für diese Datenbank direkt beim DStGB angemeldet werden können. Außerdem können die Anwender ihre Kommentare – sei es als Beteiligter an einem der verzeichneten Projekte oder als interessierter Nutzer der Datenbank - per E-Mail absenden.

Mit dem Projekt KODEX

- wird den Verantwortlichen in den Kommunen und interessierten Initiativen konkrete Hilfestellung gegeben,
- werden erfolgreiche Ideen für kommunale Konzepte, Projekte und Aktionen allen Kommunen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht,
- wird ein bundesweiter, direkter Erfahrungs- und Informationsaustausch ermöglicht,
- werden Erkenntnisse über die Vielseitigkeit und Bandbreite des Engagements der Städte und Gemeinden sowie über die Vielfältigkeit der örtlichen Problemlagen gewonnen,
- wird für mehr Engagement und Aufmerksamkeit für Gewaltprävention, die Achtung der Würde und Rechte anderer und die Wahrung der freiheitlichen Demokratie geworben.

IV. Rahmenbedingungen für kommunales Handeln

Gleichzeitig mit den Informationen über die Projekte wurde auch abgefragt, welche Hindernisse und Probleme für die kommunale Präventionsarbeit gesehen werden und welche Wünsche an Bundes- und Landespolitik bestehen.

Die Antworten auf diese Frage machen deutlich, dass die Städte und Gemeinden sich mit dem Problem von Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit oft allein gelassen fühlen. Insbesondere in finanzieller Hinsicht übersteigen die Aufgaben oft die Möglichkeiten vor allem kleinerer Gemeinden.

Mit Abstand das größte Problem ist die Verfügbarkeit finanzieller Mittel. Die allermeisten der auf diese Rubrik antwortenden Städte und Gemeinden forderten allgemein mehr finanzielle Unterstützung durch Bund und Land oder Finanzmittel speziell für qualifiziertes und fest angestelltes Personal, für spezielle Projekte, für Jugendarbeit, Jugendaustausch und Ferienlager sowie für Räumlichkeiten. Dies

belegt auch, dass der Wille zu noch stärkerem Engagement vorhanden ist und vor allem durch den fehlenden finanziellen Spielraum für „freiwillige“ Aufgaben behindert wird.

Daneben wird auch der Ruf nach einer besseren personellen und sächlichen Ausstattung der Polizei und konsequenterer Strafverfolgung durch die Justiz laut. In Diskussionen mit Bürgermeistern spielt diese Sorge stets eine wichtige Rolle: Kommunen brauchen die Sicherheit, daß Erfolge der eigenen Präventionsbemühungen nicht auf der anderen Seite zu einem Abbau von Polizei führen. Offenbar ist in einigen Bundesländern das Vertrauen der Kommunen durch Versuche der Landesregierungen erschüttert, mittels Verlagerung von Aufgaben auf die kommunale Kriminalprävention die Polizei zu entlasten.

Ein weiterer wesentlicher Komplex sind Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird ebenso hohe Bedeutung eingeräumt wie der Aufklärungs- und Sozialarbeit in der Schule und einer Aufwertung der Hauptschulen.

Gefordert wird auch eine bessere Zusammenarbeit und Vernetzung der einzelnen Institutionen wie Gemeinde, Polizei, Vereine, Schulen und Kindergärten sowie der Jugendarbeit. Viele Kommunen leisten dies selbst. Von der Politik wünschen sich die Städte und Gemeinden mehr ideelle Unterstützung - auch außerhalb des Wahlkampfs.

Unter den Hindernissen für die Präventionsarbeit werden vor allem Sprachprobleme der Zuwanderer, mangelnder Integrationswille insbesondere türkischer Jugendlicher und oft bestehende Unsicherheiten über das Bleiberecht von Zuwanderern betont.

Für die Lösung dieser Probleme ist nach Meinung der Städte und Gemeinden jedoch nicht nur der Staat verantwortlich. Zahlreiche Antwortschreiben äußerten die Ansicht, auch die Bürger müssten sich mehr engagieren. Vor allem die Eltern dürften ihre Verantwortung nicht auf die Kindergärten und Schulen abwälzen und müssten wieder verstärkt in die Pflicht genommen werden. Dazu sei jedoch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Information der Bürger erforderlich.

V. Vielfalt der Probleme, Vielfalt der Lösungen

Bewußt war die Überschrift des zur Sammlung der Projektbeschreibungen verwendeten Fragebogens breit gefaßt worden. Denn eine Sammlung nur z. B. unter dem Begriff „gegen Rechtsextremismus“ schließt viele interessante Ansätze zur Gewaltproblematik aus, verliert schnell an Aktualität und ginge an der Tatsache vorbei, daß die Probleme von Gewalt, Vandalismus und Kriminalität weit über das hinausgehen, was vielfach nur oberflächlich mit „Rechtsextremismus“ verbunden ist. Die Datenbank KODEX soll aber dauerhaft interessant und nutzbar sein.

So zeigt eine Auswertung der unter dem Titel "Kommunale Konzepte, Projekte und Aktionen im Einsatz gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit" eingegangenen Datensätze folgendes:

1. Die Kommunen verbinden eine erstaunliche Bandbreite von Problemlagen mit dieser Themenstellung.
2. Die Kommunen haben eine ebenso beeindruckende Vielfältigkeit an Maßnahmen entwickelt.
3. Die Rolle der Kommune in den einzelnen Projekten ist sehr unterschiedlich.
4. Die Projekte binden zumeist ein breites Spektrum von Partnern ein.

Dies soll im einzelnen mit Beispielen illustriert werden.

1. Nicht nur rechte Gewalt: die Bandbreite der Probleme und Ziele

Vor allem dort, wo es in der angemeldeten Maßnahme um die Bildung eines Gremiums geht (z. B. „Runder Tisch“, „Arbeitskreis Sicherheitsforum“, Kommunale Kriminalprävention“, „Präventionsrat“), hat nicht nur ein Problemkomplex zu kommunalem Handeln geführt. Aber auch die Einzelprojekte haben die unterschiedlichsten Gegenstände zum Anlaß.

Dabei zeigt sich auch, daß sich auf kommunaler Ebene Fragen des Extremismus nicht trennen lassen von Problemen wie Vandalismus, Jugendgewalt oder allgemeiner Kriminalität. Darüber hinaus wird in vielen Kommunen eine enge Verbindung dieser Problematik mit der Integration von Zuwanderern sowie der Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern und Spätaussiedlern gesehen. So richten sich zahlreiche der gemeldeten Projekte auf die Integration bestimmter Gruppen in der örtlichen Gemeinschaft.

Beispiele für die in den Fragebögen als Ausgangspunkte kommunalen Handelns genannten Problemlagen sind rechte Tendenzen bei Jugendlichen und rechtsradikale Provokationen (z. B. Versammlungen, Treffpunkt von Rechtsradikalen an Haltestellen im Gemeindegebiet, fremdenfeindliche Parolen vor Asylbewerberunterkünften und Schmierereien), Gewalt an Schulen sowie Gewalt und Kriminalität von Jugendlichen allgemein, Integrationsprobleme bei Zuwanderern, Vandalismus und Graffiti, Rivalitäten und Gewalt zwischen unterschiedlichen "ethnischen Gruppen" (z. B. Aussiedler und Asylbewerber). Viele weitere lassen sich finden.

2. Die kommunale Kreativität ist unerschöpflich

Die Einsatzbereitschaft und Ideenkraft der Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Verwaltungsmitarbeiter, privaten Initiativen und vielen Projektpartner hat eine außerordentlich vielfältige Landschaft an unterschiedlichen Projekten, Aktionen und Konzepten hervorgebracht. Die Bildung von Gremien und Arbeitskreis-Strukturen wurde bereits erwähnt. Hier geht es um sonstige konkrete, dauerhafte oder kurzfristige Einzelmaßnahmen und insb. um Jugendarbeit. All dies soll hier

gleichberechtigt und ohne Vorsortierung nebeneinander genannt werden. Wissenschaftlicher Auswertung muß es vorbehalten bleiben, dieses einmal zu kategorisieren und Handlungsmuster zu erkennen. Hier soll nur an Beispielen aufgezeigt werden, was in den Städten und Gemeinden schon längst angewendet und durchgeführt wird.

Zu nennen sind Ordnungspartnerschaften (mit der Polizei, Bürgern der Stadt, dem Einzelhandel, anderen Behörden und Institutionen), die Förderung von Jugendvereinen (Sportvereine, Gartenbauvereine, Musikvereine, Gesangsvereine, Jugendfeuerwehren), Einsatz von Streetworkern, Kultur- und Begegnungsfeste (z. B. „Internationales Freundschaftsfest), Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit (z. B. gemeinsame Erklärungen der Parteien), Schulsozialarbeit, Sprachförderung für ausländische Kinder im Vorschul- und Schulalter, Deutschkurse ("Mama lernt Deutsch") für ausländische Frauen und Mütter,

Städtepartnerschaften, interkulturelle Themenbearbeitung in Grund- und Hauptschule, Theateraufführungen in deutscher und türkischer Sprache, türkische Literaturabende in der Gemeindebibliothek, Integrationserleichterungen in den örtlichen Sportvereinen, spezielle Sportveranstaltungen (z. B. Mitternachtsturnier), Kontaktaufnahme und aufsuchende bzw. mobile Jugendarbeit z. B. mit der Zielgruppe "gewaltbereite und rechtsorientierte Jugendliche", freizeitpädagogische Angebote, Vernetzung der ansässigen Hilfeinstitutionen, Beratung (Lebenshilfe, Konfliktberatung, Krisenintervention), präventive Jugendbildung in der örtlichen Hauptschule (z. B. Finanzierung von Studienreisen), Kooperation zwischen Jugendzentrum und Schule, Hausaufgabenhilfe, Schülercafé, Bewerbungshilfe, Streitschlichterausbildung von Schülern, Betreuung von Asylbewerbern.

3. Die Kommune als Vernetzer, Koordinator, Planer, Finanzier

Die Rolle der Kommune in den einzelnen Projekten kann sich von der Initiatoren- oder Moderatorenrolle über die Vernetzung z. B. von Jugendarbeit/Vereinen/Schulen und die Bereitstellung von Räumlichkeiten bis zur vollständigen Planung, Organisation und Finanzierung erstrecken. Fast immer ist der Einsatz von Personal und Geldmitteln damit verbunden. Aber der Antwortbogen einer 1500 - Einwohner - Gemeinde in Bayern beweist: auch die Überzeugungsarbeit des Bürgermeisters am Biertisch gehört dazu und sollte in seiner Wirkung nicht unterschätzt werden.

4. Keine Prävention ohne Kooperation

Für fast jede kommunale Maßnahme ist eine Zusammenarbeit verschiedener Partner geradezu kennzeichnend. So kooperiert die kommunale Verwaltung (sei es der Bürgermeister persönlich, verschiedene Fachämter oder der Jugendpfleger) gleichberechtigt oder in führender Rolle je nach Projekt mit den Kirchengemeinden und kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen, Sportvereinen,

Ausländervereinen, den Schulen, dem Amtsgericht und der Staatsanwaltschaft, der Bewährungshilfe, der VHS, der Arbeitsverwaltung, dem Landkreis, der Polizei, Kindergärten, dem Ausländerbeirat, privaten Initiativen, Vereinen und Verbänden, Bands, den Stadtratsfraktionen, usw.

VI. Fazit und Ausblick

Was folgt aus diesem Überblick ? Jede eindimensionale oder schematische Betrachtung der praktischen Präventionsarbeit in den Kommunen verbietet sich. In der kommunalen Selbstverwaltung entstehen maßgeschneiderte Lösungen auf die spezifischen örtlichen Problemlagen. Was die Kommunen dafür brauchen ist Freiraum, vor allem in finanzieller Hinsicht. Und sie brauchen öffentliche Unterstützung auch der Presse, die das Engagement der Mitarbeiter in den Verwaltungen oder der Kooperationspartner fördern oder auch behindern kann.

KODEX geht im Dezember 2001 ins Netz, ist aber nicht fertig. Im besten Fall wird KODEX nie fertig. Denn die Datenbank soll „leben“. Daher wird die Möglichkeit geboten werden, neue Projekte anzumelden, veraltete Datensätze werden auf Wunsch der Einsender aktualisiert oder ggf. entfernt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund würde sich freuen, wenn hiervon reger Gebrauch gemacht wird.

Schließlich soll es mit der im Internet befindlichen Datenbank nicht sein Bewenden haben. Es bietet sich an, den Datenbestand detailliert auszuwerten, besonders gelungene Beispiele herauszustellen, Erfolgsfaktoren zu ermitteln, Tips für die Praxis zu entwickeln und einen noch direkteren Austausch zwischen den Akteuren bundesweit zu ermöglichen. Dazu kann eine wissenschaftliche Begleitung, können Buchveröffentlichungen, kann ein Fachkongreß der Teilnehmer dienen.

Dafür braucht es Zeit, Kooperationspartner und das Interesse der Beteiligten in den Städten und Gemeinden. Der DStGB hofft in diesem Sinne auf eine positive Aufnahme von KODEX und daß das Projekt dazu beiträgt, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung sowohl unter Beweis zu stellen als auch weiter zu fördern.